

Eidgenössisches Departement für Umwelt,
Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK
Bundesamt für Energie BFE
Sektion Entsorgung Radioaktive Abfälle
3003 Bern

Laufenburg, 9. Oktober 2012

Beschluss der Vollversammlung der Regionalkonferenz Südranden zum Antrag „Verzicht auf Konditionierungs- und Verpackungsanlage am Standort des Tiefenlagers“ (Göldi); Schreiben der Leitungsgruppe Südranden vom 11. September 2012

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 11. September 2012 sind Sie von der Regionalkonferenz Südranden über einen von der Konferenz verabschiedeten Antrag Göldi informiert worden. Gemäss diesem Antrag soll das Bundesamt für Energie der Nagra einen Auftrag mit folgenden zwei Zielen erteilen:

- 1. Die hochradioaktiven Abfälle werden bereits im Zwiilag respektive bei den AKW direkt so konditioniert und verpackt, dass sie ohne weitere Behandlung der Oberflächenanlage direkt ins Tiefenlager transportiert und eingelagert werden können. Allfällig erforderliche Verpackungsverbesserungen sollen direkt im Tiefenlager erfolgen.*
- 2. Insbesondere prüft die Nagra, wie die mittel- und schwachradioaktiven Abfälle am Entstehungsort oder im Zwiilag lagerungsfähig verpackt werden können, so dass in den Oberflächenanlagen nur ein geringer Bearbeitungsaufwand mit einzulagernden radioaktiven Abfällen entsteht.*

Eine Begründung für diesen Auftrag liegt dem erwähnten Schreiben vom 11. September nicht bei. Hingegen wird auf einen von der Regionalkonferenz Südranden ebenfalls verabschiedeten Antrag Widmer verwiesen, der darauf abzielt, keine Oberflächenanlagen im Grundwasserschutzbereich A₀ zu realisieren. Aus Sicht der Leitungsgruppe Südranden soll es Bezüge zwischen den Anträgen Göldi und Widmer geben.

Das Leitungsteam der Regionalkonferenz Jura Ost hat inzwischen Zugang zum Dokument Göldi/Schlatter vom 31. Mai 2012 und damit auch zur Begründung des eingangs erwähnten Vorstosses erhalten. In Kenntnis dieser Informationen bitten wir das Bundesamt für Energie, **nicht auf die von der Regionalkonferenz Südranden erhobene Forderung nach einem „Verzicht auf Konditionierungs- und Verpackungsanlage am Standort des Tiefenlagers“ einzutreten bzw. diese abzulehnen.**

Begründung

1. Die Antragsteller Göldi/Schlatter begründen ihren Antrag damit, dass eine heisse Zelle in den betroffenen Regionen auf „grossen Widerstand und Unverständnis“ stossen. Gleichzeitig werden für das in der Region Jura Ost gelegene Zwischenlager Erweiterungen und zusätzliche Funktionalitäten gefordert. Mit der Zustimmung zum Antrag missachtet die Regionalkonferenz Südranden fundamentale Prinzipien des Sachplans geologische Tiefenlager. Erstens rückt die Regionalkonferenz Südranden vom Grundsatz ab, dass für Standorte kerntechnischer Anlagen nicht die Sicherheit entscheidet, sondern dass diese dort entstehen sollen, wo sie nicht auf „grossen Widerstand und Unverständnis“ stossen. Zweitens unterstellt die Regionalkonferenz Südranden implizit, dass an den Standorten des Zwiilag und der Kernkraftwerke aus Gründen der Akzeptanz problemlos neue kerntechnische Anlagen gebaut werden können. Die Regionalkonferenz Südranden gewichtet die Akzeptanz demnach höher als die Sicherheit und ist sich überdies nicht zu schade, anderen Regionen, die bereits Lasten kerntechnischer Anlagen zu tragen haben, neue Belastungen zuzuweisen. Für uns als hauptbetroffene Region sind solche Forderungen inakzeptabel.

2. Über die Hintergründe und genauen Zielsetzungen des von der Leitungsgruppe Südranden erwähnten Antrags Widmer sind uns keine Details bekannt. Die Formulierungen im Schreiben vom 11. September legen den Schluss nahe, dass auch dieser Vorstoss darauf abzielt, Oberflächenanlagen ohne Verpackungsanlage zu bauen, d.h. die radioaktiven Abfälle im Zwiilag in Würenlingen zu konditionieren. Sollte dies zutreffen, weisen wir die Mitglieder der Regionalkonferenz Südranden darauf hin, dass auch das Zwiilag im Gewässerschutzgebiet A_U liegt. Wir akzeptieren nicht, dass die Region Südranden neue oder erweiterte kerntechnische Anlagen im Gewässerschutzgebiet unserer Region fordert.

Dass sich die Regionalkonferenz Südranden mit der Standortfrage von heissen Zellen beschäftigt, obwohl Südranden als potenzieller Standort für ein SMA-Lager gar nicht direkt vom Thema betroffen ist, ist nicht zu beanstanden. Dass sie dabei im Alleingang und ohne Einbezug von möglicherweise Betroffenen die Prüfung neuer Entsorgungskonzepte verlangt und dies mit dem „Widerstand und Unverständnis“ in den Regionen begründet, erachten wir hingegen als Affront.

Wir bitten das Bundesamt für Energie eindringlich, dafür zu sorgen, dass sich alle ins Sachplanverfahren geologische Tiefenlager eingebundene Standortregionen an die vorgegebenen Aufträge und Spielregeln halten. Nicht Widerstand und Unverständnis, sondern einzig und allein die Sicherheit soll die Standortsuche für ein geologisches Tiefenlager bestimmen. Allen Versuchen von Regionen, das Sachplanverfahren mit dem Sankt-Floriansprinzip zu unterlaufen, ist entschieden entgegenzutreten.

Freundliche Grüsse

REGIONALKONFERENZ JURA OST

Ueli Müller
Co-Präsident

Peter Plüss
Co-Präsident

Kopie per E-Mail an:

- Regierungspräsident Markus Kägi, Vorsitzender des Ausschusses der Kantone
- Präsidien der Regionalkonferenzen Zürich Nordost, Nördlich Lägern, Jura Südfuss, Wellenberg und Südranden
- Departement Bau, Verkehr und Umwelt des Kantons Aargau, Abt. Raumentwicklung
- Mitglieder und Delegierte der Regionalkonferenz Jura Ost
- Medien